

Hiermit erkläre ich meinen sofortigen Austritt aus der Partei DIE LINKE.

Warum auch ich die Partei verlassen:

Eigentlich ist in den Austrittserklärungen der letzten Wochen alles geschrieben, was es zur Verfasstheit der Partei zu erklären gibt. Aber ich sehe mich – gerade aufgrund der vielen Gespräche in den vergangenen Tagen – auch noch einmal veranlasst, meine Gründe darzulegen.

1. Politikfähigkeit gegen utopische „Träumereien“

DIE LINKE in Berlin wandelt sich von einer demokratischen Partei mit Gestaltungsanspruch und einem Konzept für die Bezirke und die Stadt zu einem Sammelbecken vermeintlich „linker“ Sekten.

Diese Entwicklung ist nun auch in den Bezirksverbänden zu beobachten: Neben Forderungen, jegliche politische Zusammenarbeit mit anderen Parteien zu beenden, Träumereien von „Systemüberwindung“ und fragwürdigen Konzepten einer „Bewegungslinken“ begegnet mir zunehmend eine sich verfestigende Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Institutionen.

Mein Anspruch war und ist es, die konkreten Lebensbedingungen der Menschen in dieser Stadt zu verbessern. Ich kann und will nicht mehr mit denjenigen zusammenarbeiten, die Straßenkämpfe, Umsturz und Etablierung eines „Staatssozialismus“ propagieren. Zu meinen Grundüberzeugungen gehört die Erkenntnis, dass alle Versuche, solche Systeme zu etablieren, weltweit immer zu Unrecht und Leid geführt haben. Abgeleitet aus der historischen Verantwortung, die sich aus der Herkunft der LINKEN aus der ehemaligen Staatspartei der DDR ergibt, muss es ein Kernanliegen dieser Partei sein, die Demokratie gegen jegliche Überwindungsphantasien zu schützen!

Die von der LINKEN in Berlin in Regierungsverantwortung praktizierte „radikale Realpolitik“ hat auf die Veränderung der Verhältnisse innerhalb der Rahmenbedingungen der parlamentarischen Demokratie und mit den Mitteln und Instrumenten, die uns hierbei zur Verfügung stehen, gesetzt: Einer alleinerziehenden Mutter, einer Familie auf der Suche nach einem Schulplatz, Menschen die von Wohnraumverlust bedroht oder betroffen sind, kann nicht mit utopischen

Heilsversprechen in ferner Zukunft geholfen werden, sondern durch konkrete Politik im Hier und Heute.

Ich muss allerdings feststellen, dass aktuell innerhalb unserer Partei zunehmend weniger über konkrete Maßnahmen und Handlungsansätze diskutiert wird, sondern linkstheoretische Debatten den Diskurs bestimmen. Dieser bedenklichen Entwicklung wird von der aktuellen Führung der Partei auf allen Ebenen kein Einhalt geboten.

DIE LINKE Berlin hat sich in meiner Wahrnehmung zunehmend davon verabschiedet, die Stadt gestalten zu wollen und mit konkreten Vorschlägen an der Verbesserung der Lebensbedingungen zu arbeiten. Vielmehr wandelt sie sich zu einem polittheoretischen Diskussionszirkel.

Das bekräftigt ausdrücklich die Kritik, die in den Austrittsschreiben von Klaus Lederer, Elke Breitenbach, Sebastian Scheel, Sebastian Schlüsselburg, Sören Benn oder Udo Wolf in der einen oder anderen Form bereits formuliert wurden.

Es ist nicht mehr möglich, in der LINKEN Berlin für diese Politikansätze einzutreten.

2. Außen- und „Friedens“politik

Nach 20 Jahren Existenz dieser Partei gibt es nach wie vor kein realpolitisch tragfähiges außenpolitisches Konzept. Unrealistische Maximalforderungen – wie die Forderung nach einer Auflösung der NATO – gehen einher mit widersprüchlichen Positionierungen. DIE LINKE hat nach wie vor keine konsistente, von der Mehrheit getragene Haltung zur Europäischen Union. Der Widerspruch zwischen Befürwortern und Ablehnenden wird durch eine inhaltsleere Verschlagwortung („Demokratisierung“, „einheitliche Sozialstandards“) nicht aufgelöst. In der öffentlichen Wahrnehmung, vor Ort in den Bürger*innensprechstunden oder an den Ständen der Partei werden Funktionsträger wie ich zunehmend mit dieser Widersprüchlichkeit konfrontiert, gleichermaßen „Europabefürworter*innen“ und „Europagegner*innen“ zu sein.

Ich bin hingegen der Überzeugung, dass internationale Zusammenarbeit, dass die Europäische Union eine Chance ist. Die Aufgabe einer modernen, progressiven und internationalistischen LINKEN sollte es sein, diese zu ergreifen und an der politischen Gestaltung Europas mitzuwirken. Die EU kann das Korrektiv gegen um sich greifenden Rechtstendenzen und nationale Borniertheit sein. Es ist eigentlich traurig, dass die Partei in ihrer Gesamtheit nicht erkennen kann! Sie erreicht somit **völlig zu Recht niederschmetternde Wahlergebnisse wie bei der vergangenen Wahl zum europäischen Parlament.**

Zudem ist DIE LINKE in den wichtigsten Themen unserer Zeit unzuverlässig. Ihre außen- und vorgeblich „friedenspolitische“ Verortung führt zu politischen Irrelevanz. Besonders deutlich wird dies an der unklaren Haltung zum verbrecherischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Ebenso beim Abstimmungsverhalten zur Evakuierung afghanischer Ortskräfte oder dem Verhältnis zu Putin und seinem Russland.

3. Antisemitismus

Nicht erst seit dem 7. Oktober 2023 gibt es eine lautstarke Kritik von Teilen der Partei an Israel und der aktuellen israelischen Regierung, die die Grenze zum Antisemitismus überschreitet. Wir - ich und die anderen Mitglieder, die ausgetreten sind oder in den kommenden Wochen austreten werden - müssen uns den Vorwurf gefallen lassen, hier viel zu lange viel zu tolerant gewesen zu sein. Wir konnten und wollten nicht wahrhaben, welche Dimension diese Problematik angenommen hat. Diese Toleranz musste mit den Geschehnissen rund um den Landesparteitag am 11. Oktober 2024 in Berlin ein Ende finden.

Statt sich einzugestehen, dass antisemitische Auffassungen mehrheitsfähig sein könnten und dem offensiv entgegenzutreten, ist die Führung der Partei in Bund, Land und Bezirken bemüht, mittels Formelkompromissen diese Konflikte zu überdecken. Grundsätzlichehaltungsfragen – wie das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels, der Kampf gegen jede Form von Antisemitismus (gerade der von links) – werden immer wieder vermengt mit Positionen zur aktuellen Situation im Nahen Osten. Damit werden die Grundsätze in Frage gestellt. So berechtigt die Kritik am militärischen Vorgehen der israelischen Regierung ist: Wer dem „Nie Wieder!“ ein „Aber“ hinzufügt, hat die historische Dimension und Aufgabe, die sich aus Auschwitz ergibt, nicht verstanden und sich aus der Mitte der Gesellschaft verabschiedet.

In den letzten Tagen, gerade nach dem Bundesparteitag in Halle, wurde in der Berichterstattung viel diskutiert, ob und in welchem Umfang DIE LINKE ein Antisemitismusproblem hat. Festzustellen ist, dass es einen nicht unerheblichen Teil der Aktiven in dieser Partei gibt, deren verfestigt antizionistische Haltung, deren Eintreten für die palästinensische Bevölkerung oder irgendwelche kruden „antiimperialistischen“ Überzeugungen zu einer Überschreitung der für mich akzeptablen Grenze zu antisemitischen Gesinnungen darstellt.

Ich persönlich kann nicht in einer Partei Mitglied sein, die toleriert, dass Fahnen der LINKEN auf Demonstrationen wehen, wo „From The River...“ skandiert wird oder Parteiuntergliederungen gemeinsame Veranstaltungen mit kritikwürdigen Formationen ausrichten. Ich mag nicht mehr damit in Verbindung gebracht werden, wenn in den sozialen Medien Mitglieder der LINKEN bezüglich des 7. Oktober von einer „Befreiungsbewegung“ fabulieren. Ich kann auch nicht mehr rechtfertigen, wenn verneint wird, dass Terrororganisationen wie die Hamas für einen „eliminatorischen

Antisemitismus“ stehen, obwohl diese weltweit zu Gewalt gegen Jüdinnen und Juden aufrufen.

Ich möchte für diese Umtriebe nicht mehr in Mithaftung genommen zu werden!

4. Perspektive und Ausblick

In der Austrittserklärung von Udo Wolf heißt es, dass der Austritt aus dieser Partei auch ein „Eingeständnis des persönlichen Scheiterns“ sei. Daran ist etwas Wahres, weil es uns nicht gelungen ist, den in dieser Erklärung beschriebenen Entwicklungen etwas entgegen zu setzen. Vielmehr als das persönliche Scheitern bewegt mich aber das - zumindest vorläufige - Scheitern der Idee, eine emanzipatorische, demokratische, linke Alternative aufzubauen. Wir alle haben viele Jahre, Kraft und Zeit investiert um am Aufbau und der Etablierung einer gesamtdeutschen LINKEN mitzuwirken. Die Entscheidung, die Partei zu verlassen fällt mir persönlich deshalb sehr schwer.

Ich kann und will die Tür auch nicht gänzlich schließen, sondern biete weiterhin allen Kräften innerhalb und außerhalb der Partei DIE LINKE meine Mitarbeit an, die für einen Politikansatz stehen, der sich mit meinen Grundüberzeugungen vereinbaren lässt. Vielleicht entsteht in naher Zukunft wieder ein linkes Projekt in das es lohnt, sich einzubringen.

DIE LINKE in der derzeitigen Situation ist dies weder politisch noch faktisch!

Berlin, 30. Oktober 2024

Oliver Nöll